Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8584**
16. Wahlperiode 13. 03. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7857 –

Zehn Jahre Washingtoner Konferenz – Initiative für eine Nachfolgekonferenz in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion der FDP fordert, dass 2008 unter Federführung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und des Auswärtigen Amts eine Nachfolgekonferenz zur Washingtoner Konferenz von 1998 veranstaltet wird. Die Bundesregierung sei angesichts der besonderen deutschen Verantwortung moralisch verpflichtet, eine derartige Tagung zu initiieren. Vor zehn Jahren endete in der US-amerikanischen Hauptstadt eine Konferenz mit der Washingtoner „Erklärung zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“. In Deutschland sollte eine sog. Handreichung, die die Kultusministerkonferenz, der Städte- und der Landkreistag sowie das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes 1999 beschlossen, bei der Umsetzung helfen. Die Fraktion der FDP erinnert in ihrem Antrag an die breite öffentliche Diskussion über die Rückgabe von Ernst Ludwig Kirchners „Berliner Straßenszene“ an die Erben und weist auf die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe beim BKM hin, die unter anderem zum Ausbau der Provenienzforschung geführt habe. Vor diesem Hintergrund setzt sich die antragstellende Fraktion dafür ein, dass von der Bundesregierung in Absprache mit den Unterzeichnern der Washingtoner Erklärung eine Nachfolgekonferenz veranstaltet wird, die klärt, welche Ziele inzwischen erreicht wurden und welche Anstrengungen noch unternommen werden müssen. Zudem könnten durch den internationalen Austausch mustergültige Vorgehensweisen und Strukturen identifiziert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7857 abzulehnen.

Berlin, den 5. März 2008

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender und Berichterstatter

Monika Grütters
Berichterstatterin

Steffen Reiche (Cottbus)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Monika Grütters, Steffen Reiche (Cottbus), Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen und Katrin Göring-Eckardt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7857** in seiner 145. Sitzung am 21. Februar 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Rechtsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Die Fraktion der FDP fordert, dass 2008 unter Federführung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und des Auswärtigen Amts eine Nachfolgekonferenz zur Washingtoner Konferenz von 1998 veranstaltet wird. Angesichts der besonderen deutschen Verantwortung sei die Bundesregierung moralisch verpflichtet, eine entsprechende Tagung zu initiieren.

Vor zehn Jahren endete in der US-amerikanischen Hauptstadt eine Konferenz mit der Washingtoner „Erklärung zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz". In Deutschland sollte eine sog. Handreichung, die die Kultusministerkonferenz, der Städte- und der Landkreistag sowie das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes 1999 beschlossen, bei der Umsetzung helfen. Vor dem Hintergrund der breiten öffentlichen Diskussion über die Rückgabe von Ernst Ludwig Kirchners „Berliner Straßenszene" an die Erben sowie der Ergebnisse einer Arbeitsgruppe beim BKM, die unter anderem zu einer Stärkung der Provenienzforschung geführt hat, setzt sich die Fraktion der FDP dafür ein, dass von der Bundesregierung in Absprache mit den Unterzeichnern der Washingtoner Erklärung eine Nachfolgekonferenz veranstaltet wird, die klärt, welche Ziele inzwischen erreicht wurden und welche Anstrengungen noch unternommen werden müssen. Zudem könnten durch den internationalen Austausch auf einer derartigen Tagung mustergültige Vorgehensweisen und Strukturen identifiziert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat am 5. März 2008 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Der **Rechtsausschuss** hat am 5. März 2008 die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im Ausschuss für Kultur und Medien

Der Ausschuss für Kultur und Medien hat den Antrag am 5. März 2008 diskutiert und im Ergebnis die Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** erklärten, eine Nachfolgekonferenz zur Konferenz von Washington, wie sie die Fraktion der FDP fordere, sei nicht erforderlich und sende das falsche Signal. Vor zehn Jahren sei in Washington nicht vorrangig über den Umgang mit von den Nazis geraubten Kulturgütern verhandelt worden, sondern hätten Versicherungsfragen, die Rückgabe von Immobilien oder der Verbleib von Raubgold im Mittelpunkt gestanden. Der Geist der Washingtoner Erklärung werde nicht infrage gestellt und Deutschland sei bereit, sich seiner moralischen Verantwortung zu stellen. Deshalb seien bereits wichtige Schritte zur Lösung noch offener Fragen eingeleitet. Dazu gehörten die neue Arbeitsstelle für Provenienzforschung und eine Überarbeitung der Handreichung. Die Bundesregierung unterstütze zudem eine groß angelegte Fachkonferenz zur Bestandsaufnahme und zur Ermittlung der besten Lösungen für verbliebene Probleme. Im Übrigen sei festzuhalten, dass die weit überwiegende Zahl der Restitutionsfälle im Einvernehmen zwischen Museen und Erben gelöst werde. Streit gebe es nur selten. Die wenigen in den Medien breit dargestellten Konfliktfälle spiegelten die deutsche Restitutionspraxis daher nur sehr unzureichend wider. Beide Fraktionen plädierten vor diesem Hintergrund dafür, die jüngst eingeleiteten Verbesserungen zunächst wirken zu lassen.

Nach Auffassung der **Fraktion der FDP** ist die Bundesregierung mit der Einrichtung der Arbeitsstelle für Provenienzforschung zwar einen Schritt in die richtige Richtung gegangen, die eingeleiteten Maßnahmen reichten jedoch nicht aus. Zehn Jahre nach Washington sei es Zeit, auf internationaler Ebene Bilanz zu ziehen und die vorhandenen Strukturen auf ihre Wirkung hin zu überprüfen. Diese Aufgabe könne nicht an Fachleute delegiert werden. Deutschland trage die besondere moralische Verantwortung für die Folgen der Nazizeit und könne nicht so tun, als seien alle Probleme gelöst. Sowohl auf Seiten der Museen als auch auf der der Erben herrsche Unsicherheit. Von einer eindeutigen Interpretation der Washingtoner Erklärung könne ganz offenbar nicht die Rede sein.

Auch die **Fraktion DIE LINKE.** plädierte dafür, zehn Jahre nach der Washingtoner Konferenz Bilanz zu ziehen, hielt eine prestigeträchtige internationale Konferenz auf Initiative der Bundesregierung jedoch für das falsche Mittel. Es gelte stattdessen, ehrlich Bilanz zu ziehen und zuzugestehen, dass in den vergangenen zehn Jahren beschämend wenig geschehen sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte keine Einwände dagegen geltend, die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz im Lichte von zehn Jahren Erfahrung zu diskutieren. Den Antrag der Fraktion der FDP könne sie jedoch nicht unterstützen, weil er inhaltlich auf die Forderung nach Korrekturen zugunsten der Museen und zuungunsten der Erben hinauslaufe. Daher enthalte sich die Fraktion der Stimme.

Berlin, den 5. März 2008

Monika Grütters
Berichterstatterin

Steffen Reiche (Cottbus)
Berichterstatter

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333